



**Carina Konrad**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **Pressemitteilung** **Kritik an Klöckners Plänen zum Glyphosat-Verbot**

Berlin, 18.04.2018  
Bezug: Presseerklärung Julia Klöckner  
vom 17.04.18

### **Carina Konrad, MdB**

Pressekontakt:  
Coralie Brandt  
Industriepark 17  
56291 Wiebelsheim  
Telefon: +49 06766-7538020  
Fax: +49 06766-7538024  
carina.konrad.ma04@bundestag.de

### **Berliner Büro:**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Wilhelmstraße 65  
Raum: 1.10  
Telefon: +49 30 227-78344  
Fax: +49 30 227-70345  
carina.konrad@bundestag.de

**Berlin.** Carina Konrad (FDP), die stellvertretende Vorsitzende des Agrarausschusses im Deutschen Bundestag, hat die Pläne von Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) zum Glyphosat-Verbot scharf kritisiert. Klöckner hatte am Dienstag erklärt, Landwirte sollten das Mittel künftig nur noch in Ausnahmefällen anwenden dürfen. Die Deutsche Bahn hingegen dürfe Glyphosat auf ihrem Schienennetz weiter verwenden. Konrad plädiert im Umgang mit dem Pflanzenschutzmittel „für mehr Fachlichkeit und weniger Panikmache“: Glyphosat stehe zu Unrecht in derart massiver öffentlicher Kritik; zahlreiche Studien hätten widerlegt, dass von dem Mittel eine Gefahr ausgehe.

Die Abgeordnete Konrad, Diplom-Agraringenieurin (FH) mit eigenem landwirtschaftlichen Betrieb in Bickenbach, erklärt: „Glyphosat wird als Teil einer bodenschonenden Ackerbaustrategie nach der Ernte eingesetzt, um den Unkrautdruck für das kommende Jahr zu reduzieren. Die Alternative wäre, die Böden zu pflügen. Dabei würden jedoch sämtliche Bemühungen vernichtet, CO<sub>2</sub> im Boden zu speichern. Außerdem reduziert das Pflügen die Wasserspeicherkraft und die Bodenfruchtbarkeit.“ Laut Konrad nähmen die landwirtschaftlichen Flächen, die weltweit pro Kopf zur Verfügung stehen, ohnehin durch Erosion und die wachsende Weltbevölkerung rapide ab. Da sei ein Glyphosat-Verbot „ein Schritt in die falsche Richtung“.

Klöckners Vorstoß, Landwirten die Glyphosat-Anwendung nur noch zu erlauben, wenn es „unbedingt notwendig“ sei, kann die FDP-Politikerin nicht nachvollziehen. „Das ist eine rein politische Entscheidung auf Kosten der Landwirte und zu Lasten der Böden. Wer soll denn entscheiden, ob der Einsatz unbedingt notwendig ist oder nicht? Fachlich ist das völlig unsinnig.“ Auch dass die Deutsche Bahn im Gegensatz zu den Bauern das Mittel weiter beliebig einsetzen darf, kritisiert Konrad scharf: „Allein diese Differenzierung zeigt die mangelnde fachliche Qualität dieser Entscheidung.“ Die Ministerin sei außerdem noch eine Antwort schuldig auf die Frage, wer für die Mehrkosten aufkommen solle, die dadurch in der Landwirtschaft entstünden.